

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

3. Sitzung
2. März 2022

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 16.57 Uhr
Vorsitz: Damiano Valgolio (LINKE), amtierender Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Christian Wolf (FDP) fragt, welche Kenntnisse der Senat darüber habe, in welchem Ausmaß Berliner Unternehmen durch die von der Bundesregierung gegenüber Russland verhängten Sanktionsmaßnahmen betroffen seien, und inwiefern der Senat plane, betroffene Unternehmen zu unterstützen.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) führt aus, die bisher beschlossenen Sanktionen betreffen vor allem die Finanzwirtschaft, die Vermögen und Reisemöglichkeiten einzelner Personen und den Export von Hightechprodukten, insbesondere im Energiebereich. Dabei gehe es um Förderung und Verarbeitung im Transportbereich, im Wesentlichen bei Luft- und Raumfahrt, sowie um Rüstungstechnologie und Dual-Use-Produkte. Diese Sanktionen träfen die Berliner Wirtschaft vermutlich eher indirekt über den erschwerten Zahlungsverkehr und die administrative Überprüfung des Dual-Use-Charakters. Aussagen über das künftige Ausmaß der Folgen der Sanktionsmaßnahmen für die Berliner Wirtschaft ließen sich zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer treffen. Lt. Aussage eines Finanzunternehmens sei dies zurzeit noch handelbar. Nachhaltige Störungen der Berliner Wirtschaft seien nicht erkennbar. Die große Frage sei, ob der teilweise Swift-Ausschluss zu Problemen führen werde. Zu etwaigen Ukraine-Hilfen des Bundes gebe es noch keine Informationen. Er rechne damit in der nächsten Zeit.

Christian Wolf (FDP) äußert Erstaunen über diese Einschätzung. Inwieweit werde sich die Kriegssituation in der Ukraine auf Berliner Unternehmen auswirken? Denn gehe es auch um Logistik und das Zusammenbrechen von Lieferketten. Lt. Berichten im „Handelsblatt“ seien Auswirkungen auf die bundesdeutsche und die Berliner Wirtschaft vorauszusehen, die kompensiert werden müssten. So stünden bspw. ukrainische Kraftfahrer nicht mehr zur Verfügung. Er erwarte auch Unterstützungsmaßnahmen des Landes Berlin. Dabei sei die Eskalation der Lage vorausschauend mitzudenken.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) schildert, dass der Exportanteil in die Russische Föderation bei 2,4 Prozent liege; damit stehe Russland an elfter Stelle. Vor über zehn Jahren sei Russland noch ein wichtiger Handelspartner gewesen. Insbesondere durch die Krim-Annexion und den Rubelverfall sei jedoch eine sichtbare Erosion der Handelsbeziehungen von Berlin nach Russland eingetreten. Den überwiegenden Anteil der 2,4 Prozent bestreite der Pharmabereich. Dort gehe man zurzeit nicht von Sanktionsmaßnahmen oder Embargos aus. Ein weiterer Bereich sei der Anlagenbau, wo einzelne Unternehmen betroffen sein könnten. Dramatische Auswirkungen habe man von dort bisher nicht vernommen. Für eine Einschätzung sei es noch zu früh. SenWiEnBe stehe aber mit den Branchen in Kontakt. Beim Thema Logistik sei es bisher in Berlin noch nicht zu massiven Einschränkungen gekommen.

Christian Gräff (CDU) erkundigt sich danach, welche Gespräche der Senator mit der Geschäftsführung der Messe Berlin zur Entwicklung der IFA geführt habe und welche Erkenntnisse ihm dazu vorlägen.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) legt dar, dass der Vertrag zwischen gfu und Messe Berlin noch bis 2023 laufe und beide Seiten versuchten, über bestimmte Konditionen zu verhandeln. Über Details der Verhandlungen könne in der Öffentlichkeit nicht berichtet werden, da die Vertragsparteien Stillschweigen vereinbart hätten. Das Land Berlin habe aber großes Interesse daran, die IFA, die mit Berlin eng verbunden sei, in der Stadt zu halten. Er hoffe sehr, dass die IFA in Berlin bleiben werde, und stehe mit der Geschäftsführung im Gespräch.

Christian Gräff (CDU) bittet um Auskunft, ob Presseberichte zuträfen, dass die gfu evtl. neue oder andere Geschäftsführungen habe, die vorher in Berlin tätig gewesen seien.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) antwortet, auch hierzu hätten die Vertragspartner Stillschweigen vereinbart. Er habe dies ebenfalls vernommen. Wenn es so sein sollte, dass ein Konsortium mit der Messe verhandele, dessen Teil ein ehemaliger Geschäftsführer der Messe sei, dann hielte er dies für sehr schwierig.

Stephan Machulik (SPD) fragt, wie der Senator die Situation des Messe- und Tagungsstandorts Berlin im Hinblick auf die coronabedingte Entwicklung der Hotelübernachtungen einschätze und welche Lösung es für diese Branche gebe.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) legt dar, dass die Hotel- und Tourismusbranche 2020 und 2021 durch die einschränkenden Coronamaßnahmen, die Absagen von Messen und die Einschränkungen des internationalen Luftverkehrs dramatisch gelitten habe. Der DEHOGA informiere regelmäßig über den aktuellen Stand der Entwicklung. Beim Umsatz pro verfügbarem Zimmer sei im Februar 2022 ein Minus von 60,7 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorcoronamonat zu verzeichnen, die Zimmerbelegung von 73,7 auf 36,9 Prozent

gesunken. 10 Prozent der Hotels in Berlin hätten den Geschäftsbetrieb während der Pandemie aufgegeben.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) greift auf, dass einige größere Hotelgebäude in Bürogebäude oder Pflegeeinrichtungen umgebaut würden und dem Hotelmarkt nicht mehr zur Verfügung stünden. Bedeute dies, dass man Probleme bei der Versorgung bekommen werde, wenn das Messe- und Tourismusgeschäft wieder anlaufe?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) führt aus, Umwandlungen in Managed Apartments und Ferienwohnungen wären noch für den Tourismus nutzbar, man beobachte auch Umwandlungen in Wohnungen und soziale Einrichtungen. Nachvollziehbar sei, dass einige Betreiber angesichts starker Umsatzeinschränkungen nach alternativen Nutzungskonzepten Ausschau hielten. Einige Hotels hätten temporär auch Homeoffice-Arbeitsplätze oder Quarantäneplätze angeboten. Wie Hotelkapazitäten wieder neu auf den Markt kommen könnten, lasse sich jetzt noch schwer absehen. Dies sei von der Entwicklung des Tourismus in der Stadt abhängig. Die Marke Berlin habe in der Krise international jedenfalls nicht gelitten. Es sei schwer einzuschätzen, wie sich der Krieg in der Ukraine auf den Tourismus auswirken werde. Die Hotelbranche werde auch mit dem Neustartprogramm unterstützt. Die Maßnahmen würden mit der Branche gemeinsam entwickelt.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) erkundigt sich, ob es Überlegungen gebe, Geflüchtete aus der Ukraine in Hotels unterzubringen. Man könne nicht einschätzen, wie sich der Krieg auf das Sicherheitsempfinden potentieller Touristinnen/Touristen in Deutschland auswirken werde.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) konstatiert eine große Welle der Hilfs- und Spendenbereitschaft in der Bevölkerung und in der Wirtschaft. Die Hotellerie sei dabei, Kapazitäten für geflüchtete Menschen bereitzustellen. Zwischen DEHOGA und Krisenstab gebe es direkten Kontakt. Auch Klinikbetten und Fluktuationswohnungen von Wohnungsunternehmen würden zur Verfügung gestellt.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Corona-Regeln und Hilfen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0021](#)
WiEnBe

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) berichtet, der Senat habe am 22. Februar keine Veränderungen beschlossen, sich aber auf Eckwerte verständigt. Am 1. März sei eine Reihe von Coronamaßnahmen mit Wirkung zum 4. März angepasst worden. Eine wesentliche Neuerung sei die Anpassung der Personenobergrenze für Veranstaltungen: 0G plus FFP2-Maske bis 1 000 Personen außen, 3G plus FFP2-Maske bis 2 000 Personen innen und außen, 2G plus FFP2-Maske ab 2 001 Personen innen mit 60 Prozent Maximalauslastung ohne Deckelung, 2G plus FFP2-Maske bei 2 001 bis 25 000 Personen außen mit 75 Prozent Maximalauslastung. Bei Dienstleistungen, Saunen und Vergnügungstätten trete 3G an die Stelle von 2G, bei der Gastronomie 3G an die Stelle von 2G plus, außen 0G an die Stelle von 3G, bei Hotellerie

und Beherbergungen 3G an die Stelle von 2G, bei Kinos und Theatern 2G plus an die Stelle von 3G plus FFP2-Maske. Sog. Tanzlustbarkeiten könnten mit 2G plus Testpflicht ohne Abstand und Maske öffnen. Die Eröffnung der Konzertsaison werde damit möglich sein. Ausflugsfahrten könnten nicht anders behandelt werden als der ÖPNV. Die Inzidenzen stagnierten noch, was auf Nachmeldungen zurückzuführen sei, die Tendenz sei jedoch eindeutig rückläufig, die Hospitalisierungsinzidenz deutlich unter 20 gesunken, sodass man Maßnahmen weiter lockern könne. Die Grundlage für Einschränkungen auf Bundesebene gelte noch bis zum 19. März; was ab 20. März komme, wisse man noch nicht. Er gehe davon aus, dass nicht alle Einschränkungen fallen würden und die Länder bei einem Anstieg der Inzidenzen Maßnahmen ergreifen könnten, z. B. das Maskentragen oder Abstandhalten.

Ariturel Hack (CDU) bittet um Auskunft, wie der Senat den Aufwand zur Beantragung von Coronahilfen bewerte. Insbesondere KMU beschwerten sich immer wieder über den Umfang der abgefragten Daten und den hohen Aufwand bei der Beantragung von Coronahilfen. Gebe es Überlegungen zur Vereinfachung?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) versichert, Ziel sei es, den Aufwand möglichst gering zu halten. Er bekomme die Rückmeldung, dass die Beantragungsverfahren über Portale eher unkompliziert seien. Da es sich um öffentliche Gelder handle, müsse man aber auch verantwortungsvoll damit umgehen; bestimmte Prüfroutinen müssten möglich sein. Berlin sei dafür gerügt worden, dass es in der Vergangenheit zu schnell vorgegangen sei.

Christoph Wapler (GRÜNE) stellt fest, dass derzeit nur drei Programme in Berlin liefen und die Zahl der Anträge und die ausgereichten Gelder überschaubar seien, insbesondere bei den Härtefallhilfen. Wie erkläre der Senat dies? Gastronomie und Veranstaltungsbranche setzten große Hoffnungen auf die geplanten Lockerungen. Für das Hochfahren fehle vielen Betrieben Personal. Die Arbeitsbedingungen in der Gastronomie seien umstritten gewesen. Die Frage sei, wer diesen Job noch machen wolle. Wolle man der Branche helfen, müsse man den Blick auf die Arbeitsbedingungen richten. Sei der Senat hierzu im Gespräch mit den Verbänden?

Christian Wolf (FDP) fragt, warum SenWiEnBe der Bitte, in der Tabelle auch die zurückgeforderten Gelder in Anzahl und Höhe auszuweisen, nicht nachgekommen sei.

Christian Gräff (CDU) erkundigt sich, wie viele Anträge und Mittelauszahlungen beim Programm Berlin Invest, das das Abghs im letzten Jahr mit 30 Mio. Euro ausgestattet habe, zu verzeichnen seien.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) teilt mit, dass Hilfen in Höhe von 6 Mrd. Euro über die IBB abgewickelt worden seien, auch Bundeshilfen. Berlin habe sich bei seinen Hilfen darauf konzentriert, Förderlücken am Standort zu schließen, die offenbar nicht so groß seien. Der Härtefallfonds sei wenig in Anspruch genommen worden, was er für eine gute Botschaft halte. Hotellerie und Gastronomie stünden bei den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung im Wettbewerb mit anderen Branchen. Betroffen seien aber nicht nur Gaststätten und Hotels. Das Fachkräftethema stelle sich in vielen Branchen, auch im IT-Bereich und in der Kongressbranche. Es sei schwer, abgewanderte Mitarbeiter wieder zurückzugewinnen und einzelne Branchen zu bewerben. Die Logistikbranche sei in der Coronazeit stark gewachsen. Er sage zu, die Rückzahlungen künftig in die Liste aufzunehmen. Berlin Invest werde als BIB – Berliner Investitionsbonus – Teil des Neustartprogramms und als Zuschussprogramm im März starten.

Sebastian Czaja (FDP) bittet um Bestätigung, dass Berlin Invest in der letzten Wahlperiode nicht gestartet sei.

Mario Pflücke (SenWiEnBe) [zugeschaltet] berichtet, die Abstimmung mit der IBB und die technische Umsetzung hätten sich in die Länge gezogen, sodass der Start im Rahmen des Neustartprogramms zum 31. März erfolgen werde.

Christian Gräff (CDU) konstatiert, dass ein Programm, das der Haushaltsgesetzgeber im letzten Jahr als sofortige Coronahilfe auf den Weg gebracht habe, nicht umgesetzt worden sei. Er hoffe, dass dies bei den jetzigen Programmen nicht wieder passieren werde.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) bemerkt, dies betreffe die Zeit vor dem neuen Senat. Er sage zu, dass das Programm noch im März 2022 gestartet werden solle.

Sebastian Czaja (FDP) fragt, ob die SPD dem letzten Senat angehört habe.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) stellt die Gegenfrage, ob er eine Frage beantworten müsse, die sich Herr Abg. Czaja selbst beantworten könne.

Im Weiteren vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**100 Tage Programm: Startup Agenda und Auftakt
zur Umsetzung der Gigabitstrategie**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0019](#)

WiEnBe

Robert Schaddach (SPD) legt dar, dass die Strategie im Juni 2021 beschlossen worden sei und vorangebracht werden solle. Mit dem 100-Tage-Programm werde deutlich gemacht, dass dies ein wichtiges Thema sei.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) führt aus, mit der Aufnahme der Start-up-Agenda in das 100-Tage-Programm unterstreiche der Senat die Wichtigkeit junger Innovatorinnen/Innovatoren für die Hauptstadtregion. Berlin sei beim Venture-Capital unter den Top-10-Regionen weltweit. 2021 hätten Berliner Start-ups über 10 Mrd. Euro eingesammelt. Dies zeige, wie attraktiv Berlin für die Start-up-Szene sei. In der Berliner Digitalwirtschaft seien lt. IBB 120 000 Menschen beschäftigt. Sie sei damit ähnlich stark wie die Industrie. Die Gründungsquote sei seit Jahren überragend; jährlich entstünden ca. 600 neue Start-ups. Man habe eine Start-up-Map Berlin mit öffentlich zugänglichen Informationen zum Berliner Start-up-Ökosystem, zu Ansprechpartnern, Unterstützungsaktivitäten und den in Berlin vertretenen Start-ups initiiert. In Berlin gebe es etwa 3 000 Start-ups, die nicht älter als zehn Jahre seien. Man habe einen Start-up-Report Berlin in Auftrag gegeben, der die wichtigsten Informationen aus der Start-up-Map Berlin, aber auch aus anderen Quellen zusammenstelle. Die Expertise der Akteure sei in Interviews zusammengetragen worden. Damit könne man auch besser festlegen, in welcher Weise das Start-up-Ökosystem weiter unterstützt werden könne. Für das

100-Tage-Programm würden nun gemeinsam mit den Stakeholdern, der IBB, der Wirtschaftsförderung, der IHK, den Unternehmensverbänden, Business-Angels, Hochschulen, dem Bundesverband Deutsche Start-ups und Digitalverband Bitkom, Eckpunkte für die Weiterentwicklung der Berliner Start-up-Agenda festgelegt. Die besonders relevanten Themen würden am 11. März gemeinsam mit der Branche präsentiert. Dies werde im Laufe des Jahres in eine Start-up-2.0-Agenda münden, die wiederum gemeinsam mit den Akteuren präsentiert werde.

Michael Dietmann (CDU) wirft die Frage auf, ob es sinnvoll sei, hier einen „Werbeblock“ zu schalten, der nichts Substanzielles enthalte außer der Ankündigung, dass es demnächst etwas geben werde. Er frage die Koalitionsfraktionen, welche Zusatzinformationen diese Ankündigung über bisherige Presseberichte hinaus bringe. Dass der Senator gut vernetzt sei und mit den Stakeholdern im Gespräch sei, glaube jeder sofort. Wenn Programme angekündigt würden, bedeute dies noch nicht, dass sie auch tatsächlich an den Start gingen, wie sich bei Berlin Invest in der letzten Wahlperiode gezeigt habe. Dies sei keine Kritik in der Sache, der Ausschuss sollte sich aber mit Dingen befassen, die mehr Substanz hätten.

Stephan Machulik (SPD) erwidert, dass die Ausführungen des Senators mehr Substanz hätten als eine Pressemitteilung oder Darstellung in der Presse. Dies gelte auch für die genannten Zahlen und den Stellenwert der Digitalwirtschaft für Berlin. Es sei wichtig einzuschätzen, wo Berlin stehe und welche Perspektiven sich daraus ergäben. Das 100-Tage-Programm mache deutlich, dass der Senat einen Plan und ein Ziel habe. Im Übrigen stehe es Herrn Abg. Dietmann frei, hierzu Nachfragen zu stellen.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) knüpft an, dass hier die Möglichkeit bestehe, die Ausgestaltung mit zu formen und diese mit gezielten Fragen zu forcieren. Sie habe auch Fragen.

Michael Dietmann (CDU) hält entgegen, dass er vonseiten der Koalition keine Fragen gehört habe. Er halte das Thema für wichtig. Die Zahlen seien ihm bekannt. Der Ausschuss habe die Entwicklung in der Vergangenheit durchaus im Auge behalten. Davon, dass Senator Schwarz eine Agenda habe, müsse ihn niemand überzeugen. Fragen, was der Senator konkret mit den Stakeholdern besprechen werde, wo die Schwerpunkte und Eckpfeiler lägen und was zu den einzelnen Punkten vorgelegt werden solle, könne der Senator vielleicht noch gar nicht beantworten, denn ansonsten hätte er den Ausschuss bestimmt an seinem Wissen teilhaben lassen.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) teilt mit, dass die Eckpunkte der Agenda der Öffentlichkeit im März vorgestellt werden würden. Er habe berichtet, wie und mit welchen Partnern diese Agenda entstehe und welche Zielsetzung dahinterstehe. Über Anregungen aus dem Ausschuss würde er sich freuen, denn der Prozess sei noch nicht abgeschlossen.

Christian Wolf (FDP) hebt hervor, dass es bei den Gründungsaktivitäten der Hochschulen mehr Gründerteams geben könnte, wenn entsprechende Flächen vorhanden wären. Das Gründerhaus der HU und das CHIC seien ausgelastet, sodass Flächen für Gründungsaktivitäten fehlten. Bei der Gründung von Hardtech-Start-ups bestehe ein hoher Kapitalbedarf, der Markteintritt sei mit höheren Risiken verbunden. Die bestehenden Förderprogramme sollten für Hardtech-Start-ups aufgeweitet werden. Für Makerspaces existiere eine Förderlücke; sie könnten zwar über die GRW Infrastruktur gefördert werden, aber nicht als kommerzielle Unternehmen. Eine weitere Förderlücke bestehe bei Geschäftsmodellinnovationen, denn der Gründungsbonus als Förderprogramm für den Start werde offenbar nicht fortgeführt. Er plä-

diere dafür, diesen fortzuführen. Die IBB-Invest trete als Frühphasenfinanzierer auf, bei einem reiferen Ökosystem wäre zu überlegen, die Aktivitäten auch auf spätere Finanzierungsphasen, sog. Later Stages, zu lenken und einen Fonds wie auf Bundesebene aufzulegen, denn derzeit kämen größere Finanzierungsrunden aus den USA; Firmen oder Know-how würden im Zweifel abgeworben. Er bitte um Stellungnahme, ob dies bereits Gegenstand der Werkstattgespräche sei.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) fragt, welche Arten von Wagniskapital es seitens des Senats gebe. Sie interessiere auch die Förderung von weiblichen Gründungen und Start-up-Unternehmerinnen, denn die Zahl sei mit etwa 12 Prozent – im Fintech-Bereich nur 4 Prozent – zu gering.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) bestätigt, dass Förderungen, ggf. Förderlücken und auch das Flächenthema bei Gründungen mit den Stakeholdern besprochen würden. Im Beirat seien auch die WISTA, ein bekannter Inkubator und die Wirtschaftsförderungen Berlins und Brandenburgs vertreten. SenWiEnBe werde die Vorschläge mitnehmen und prüfen. Der Anteil weiblicher Gründungen sei inakzeptabel. Auch unabhängig von der Start-up-Agenda habe SenWiEnBe darüber nachgedacht, wie man Frauen stärker ermutigen könne, sich in diesem für Berlin wichtigen Bereich zu engagieren, und wie Hürden beseitigt werden könnten, aber in den wenigen Wochen noch kein reifes Konzept entwickelt.

Christian Wolf (FDP) stellt die Nachfrage, welche Punkte aus seinem Vortrag in den Werkstattgesprächen bereits berücksichtigt worden seien und wie der Stand bei Förderlücken sei.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) antwortet, in dem Eckpunktepapier für die Start-up-Agenda würden nicht konkrete Förderprogramme entwickelt oder beschrieben. Es gehe darum, wie die Vernetzung der Akteure im Ökosystem mit anderen Akteuren verbessert werden könne, unter Berücksichtigung der Schwerpunkte, die die Stakeholder in dem Prozess setzen wollten. Dass der eine oder andere mit der IBB neue Projekte entwickle, sei durchaus willkommen, stehe aber nicht am Anfang des Prozesses, sondern sei dann Teil des Prozesses.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

100 Tage Programm: Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0020](#)
WiEnBe

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) führt aus, angesichts der Klimakrise müssten Initiativen zum Klimaschutz vorangetrieben werden. Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb sei ein wesentlicher Punkt des 100-Tage-Programms, denn in Unternehmen und Betrieben könne der Klimaschutz noch deutlich vorangetrieben werden. Er begrüße, dass die Koordinierungsstelle Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb ins Leben gerufen worden sei, und frage nach dem Stand und den weiteren Aktivitäten.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) berichtet, dass die KEK am 28. Februar online gestellt worden sei. Um die Klimaziele des Landes Berlin zu erreichen, brauche man auch im Wirtschaftssektor eine konsequente Energiewende. Ein wesentlicher Baustein für die Transformation sei die Senkung des Energiebedarfs durch technische Modernisierung und effiziente Nutzung von Strom und Wärme. Die KEK solle Unternehmen helfen, Potenziale für Energieeinsparungen zu erkennen, Geschäftsprozesse unter Energieeffizienzgesichtspunkten zu betrachten, sich untereinander über beste Lösungen auszutauschen, Maßnahmen für mehr Energieeffizienz leichter umzusetzen und dafür mehr Fördermittel nach Berlin zu holen. Der Vernetzungsgedanke sei besonders wichtig, wenn unterschiedliche Akteure in einem Gewerbegebiet Energieeffizienzthemen bearbeiteten. Die KEK biete auch Beratung an und gebe einen Überblick über die verschiedenen Fördermöglichkeiten, gewähre aber selbst keine Förderung. Energieeffizienzmaßnahmen kämen nicht nur dem Klima zugute, sondern sorgten auch für Energiekosteneinsparungen, was angesichts der derzeitigen Situation auf den Energiemärkten ein besonders wichtiger Aspekt sei. Energieeffizienzmaßnahmen trügen außerdem zur Wertschöpfung in der Region bei; Berlin könne damit ein Schaufenster für ambitionierten Klimaschutz in der Wirtschaft werden. Die KEK greife auch Maßnahmen aus dem BEK auf. Bei der Ausgestaltung stehe man im Austausch mit der IHK, der Handwerkskammer und anderen Partnern aus der Wirtschaft.

Christian Gräff (CDU) vertritt die Auffassung, dass hier in den letzten fünf Jahren nichts passiert sei, aber mehr hätte passieren können, was der neue Senator nicht zu verantworten habe, gleichwohl habe man es nicht mit einer neuen Koalition zu tun. Er begrüße diese Möglichkeit für Unternehmen, sich Informationen über Fördermöglichkeiten zu holen, denn das Potenzial sei riesig, z. B. für Solardächer. Auch Vereinigungen aus der Wirtschaft wollten dies voranbringen. Dies sei in der letzten Wahlperiode nicht angegangen worden. Insofern freue er sich nun auf die großen Schritte beim Ausbau der Erneuerbaren mit der Wirtschaft, die vielfach schneller sei als die derzeitige Koalition.

Sebastian Czaja (FDP) fragt, wie der Senator dies mit seiner Erfahrung aus der Wirtschaft intensiver ausgestalten wolle, denn augenblicklich habe man nur eine Institution, die auf bestehende Förderprogramme verweise. Wie würden im Hinblick auf die Stelle beim Bund Doppelstrukturen und Bürokratie vermieden und mehr Transparenz und Klarheit erreicht? Doppelstrukturen sollten nicht verstetigt werden; im Interesse der Sache müsse man sich effizient aufstellen. Insofern interessiere ihn der strategische Ausblick.

Frank-Christian Hansel (AfD) äußert, dass Energieeffizienz wichtig und zu begrüßen sei. In Bezug auf die Situation in der Ukraine und die Abhängigkeit Berlins insbesondere von russischem Erdgas stelle sich die Frage, ob dieser „Gamechanger“ andere Prioritäten erfordere.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) merkt an, dass man in Sachen Klimaschutz immer mehr machen könne. In den letzten fünf Jahren sei die Koalition deutlich erfolgreicher gewesen als der Vorgängersensat, der das BEK verschleppt habe. Beim Klimaschutz hänge man stark an den Regelungen des Bundes; dort erwarte er nun deutliche Änderungen. Der ehemaligen Wirtschaftssenatorin sei es zu verdanken, dass Berlin starke Stadtwerke habe, die Treiber der Solarenergie seien. Mit dem Masterplan Solarcity habe sie einen wichtigen Prozess angestoßen, den Senator Schwarz hoffentlich mit derselben Energie vorantreiben werde. Das Solargesetz enthalte wesentliche Grundlagen. Solarenergie müsse im Gewerbe deutlich vorangetrieben werden, oftmals seien die Gewerbeimmobiliennutzer aber nicht die Eigentümer. Hier müsse

man weiterarbeiten. Bei der KEK sehe er keine Doppelstrukturen, sondern ein deutliches Plus; eine Berliner Koordinierungsstelle sei näher an den Unternehmen, als es eine Struktur auf Bundesebene sein könne. Fördermittel flössen häufig nicht ab, weil die Förderungen den Leuten zu kompliziert seien. Eine wichtige Funktion sei, dass mehr Fördermittel für den Klimaschutz abgerufen würden. Die Vernetzung in Gewerbegebieten sei wichtig, um mehr Effizienz zu erreichen, z. B. durch Shared Mobility. Er sehe dort ein großes Potenzial. Wann könne mit einem ersten Monitoringbericht zur KEK gerechnet werden?

Sebastian Czaja (FDP) hält entgegen, dass es sinnvoller sei, den Förderdschungel zu lichten, als eine neue Institution mit Lotsenfunktion zu schaffen. Antragsverfahren müssten so übersichtlich sein, dass Unternehmen die Fördermittel eigenständig abrufen könnten. Viele Fördermittel blieben liegen, weil die Hürden zu hoch und die Verfahren zu kompliziert seien.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) erwidert, dass viele Fördermittel auf Bundesebene angesiedelt seien, sodass man dort gemeinsam daran arbeiten könne. Bei den Landesprogrammen müsse man stärker darauf achten, dass sie möglichst ohne Beratung genutzt werden könnten, allerdings sei häufig eine technische Beratung notwendig, insbesondere bei der Solarenergie.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) führt aus, die KEK führe Unternehmen nicht nur durch den Förderdschungel, sondern berate als Einstieg über Energieeinsparpotenziale, die insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen häufig aus Zeitgründen gar nicht erkannt würden. Es sei richtig, eine regionale Anlaufstelle einzurichten, denn die Unternehmen brauchten kompetente Ansprechpartner vor Ort. Wenn man die Energiewende gut bewältigen wolle, müsse man dies vor Ort machen. Die KEK nehme in Berlin die Rolle der regionalen Koordinatorin der dena-Initiative wahr. Insofern handele es sich nicht um Doppelstrukturen. Neben der Beratung unterstütze die KEK Netzwerke in Gewerbegebieten. Den Förderdschungel auf Bundesebene zu lichten, sei sicherlich eine gute Idee, es werde aber wahrscheinlich für Unternehmen immer schwierig sein, das passende Instrument zu finden. Die Beratung könne ein Anstoß für entsprechende Investitionen sein. Dass die Koalition von fossilen Wärme- und Energieträgern wegkommen wolle, werde auch die Abhängigkeit von russischen Kohle- und Gaslieferungen reduzieren. Insofern sei diese Priorität eher zu verstärken. Die Anregung eines Monitorings nehme er gerne auf; SenWiEnBe werde in einem Jahr über die wesentlichen Eckpunkte und Kennzahlen der KEK berichten.

Frank-Christian Hansel (AfD) äußert, wenn die Erneuerbaren am Ende des Prozesses Versorgungssicherheit böten, wäre dies zu begrüßen; in dieser Situation befinde man sich aber noch nicht. Ministerpräsident Woidke wolle den Kohleausstieg 2030 neu überdenken, weil es sonst in dieser Brückenzeit nicht funktionieren würde, wenn eine Lieferkrise beim Gas käme. Ihm gehe es um die Diskussion, Kohle länger zu nutzen, unabhängig davon, dass Energieeffizienz und Energieeinsparungen immer sinnvoll seien.

Sebastian Czaja (FDP) regt an, jährlich Bilanzberichte für alle Berliner Förderprogramme vorzulegen, orientiert an den jährlichen Berichten von Berlin Partner.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) sagt für die KEK einen Bericht zu.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Berlin Partner – Werbung für Berlin im In- und
Ausland – Erfolge – Ziele – Strategien**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0007](#)
WiEnBe

Christian Gräff (CDU) erklärt, dass ihn die Einschätzung von „visit Berlin“ überrascht habe, dass es Berlin gutgehen würde, denn die Zahlen von 2021 seien nur mit 2020 verglichen worden, nicht mit 2019. Die Zahl der Berlinbesucher liege bei einem Drittel, teilweise darunter. Man stehe angesichts der Coronapandemie vor immensen Herausforderungen. Berlins Image in der Welt sei nach wie vor sehr gut. Viele junge Menschen, Fachkräfte und Unternehmen wollten hierher kommen. Aufgabe von Berlin Partner sei es, in der Welt für den Standort zu werben und mit den bezirklichen Wirtschaftsförderungen Bestandsmanagement zu betreiben. Ihn interessiere, welche Gedanken der Senator zur Weiterentwicklung von Berlin Partner habe, auch mit Blick auf die Zusammenarbeit mit anderen Gesellschaften, und welche Ziele und Strategien er verfolge. Die Abgrenzung zur TSB sei ihm nicht so ganz klar.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) unterstreicht, dass Berlin Partner als Wirtschaftsförderung des Landes Berlin und nationale und internationale Vermarkterin des Wirtschaftsstandorts Berlin sehr wichtig sei. Kernaufgaben seien das Ansiedlungsmanagement, die Bestandsentwicklung und -erweiterung, das Innovationsmanagement sowie das Hauptstadt-, Sport- und Standortmarketing. Die Standortwahrnehmung Berlins und der Hauptstadtregion werde durch regionale, nationale und internationale Vermarktung, insbesondere als innovative und lebenswerte Metropole voller Zukunftschancen, gesteigert. Das Image Berlins sei maßgeblich von Berlin Partner transportiert worden.

Die Erfolge würden in den Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekten sichtbar. Berlin Partner habe auch in der Coronazeit trotz aller Einschränkungen sehr erfolgreich gearbeitet. 2021 seien 290 Projekte begleitet und abgeschlossen worden. Dadurch seien 6 700 neue Arbeitsplätze entstanden; man habe Investitionen von rund 637 Mio. Euro verzeichnet. Der Ruf des Innovationsstandorts Berlin sei nach wie vor gut und habe nicht gelitten. Es hätten sich 83 Unternehmen, davon 45 aus dem Ausland, in Berlin angesiedelt. Die meisten internationalen Ansiedlungen kämen aus Europa, gefolgt von Nord- und Südamerika, dem Mittleren Osten und Asien. Von den begleiteten Projekten gingen wichtige wirtschaftliche Impulse für die gesamte Berliner Wirtschaft aus. Die durch Berlin Partner ausgelösten zusätzlichen Investitionen und Beschäftigungseffekte würden das BIP im Zeitraum 2021-2023 nach Berechnungen der IBB mit insgesamt 1,3 Mrd. Euro stützen; im gleichen Zeitraum würden sich die öffentlichen Einnahmen um knapp 170 Mio. Euro erhöhen.

Beim Berlin-Marketing gebe es eine enge Abstimmung mit „visit Berlin“ und Kulturprojekten. Der Bekanntheitsgrad Berlins lebe auch vom Tourismus und durch die Kultur. Werbung in der Öffentlichkeit steigere zudem die Identifikation der Bürger mit der Hauptstadt. Berlin Partner baue das Talentmarketing aus und ziele auf Fachkräfte aus dem In- und Ausland, denn Fachkräfte seien für das Wachstum wichtig. Berlin Partner sei außerdem ein effektives Netzwerk in der Berliner Wirtschaft sowie zu wissenschaftlichen Einrichtungen. Berlin Partner habe 2021 die Fashion-Week mit Marketing und Webauftritten unterstützt, ferner die Wissenschaftskampagne Brain City Berlin, die Fachkräftekampagne Talent Berlin sowie Employer-

Branding, Recruiting-Tools und Willkommensservice für zuziehende Fachkräfte, die Industriekampagne mit dem Greentech-Festival, da Berlin auch ein spannender Industriestandort mit neuen Ansiedlungen sei, sowie die Coronakampagnen und die Impfkampagne. Beim Sportmarketing gehe es um Sportveranstaltungen mit gesamtstädtischer Bedeutung.

Sebastian Czaja (FDP) erkundigt sich nach den Aktivitäten von Berlin Partner bei der Expo in Dubai und dem zu erwartenden Nutzen. Im Koalitionsvertrag stehe, dass Berlin Partner evaluiert werden solle. Wann und in welchem Umfang und mit welchen Eckpunkten werde diese stattfinden? Welche Kennzahlen gebe es zu den Projekten, bei denen Berlin Partner nicht erfolgreich gewesen sei? In der Unternehmensstrategie 2021-2023 werde ein Fokus auf zusätzliche Ansiedlungen von Non-Profit-Organisationen gelegt. Welche Erfolge seien dort auf welche Weise erzielt worden? Habe sich Berlin Partner dafür neu aufgestellt, oder werde dies aus dem bestehenden Team heraus organisiert?

Christian Gräff (CDU) fragt, welche Berlin-Story der Senator für 2030 habe. Die genannten To-Dos seien richtig. Viele Bestandsunternehmen und Branchen in der Stadt hätten es während der Pandemie schwer gehabt. Solle der Einzelhandel in Berlin wieder aufleben? Seine Fraktion habe im letzten Jahr wirtschaftspolitische Visionen für 2030 vorgelegt. Dazu gehörten die Vernetzung mit Wissenschaft und Forschung und bspw. ein neuer 3-D-Druck-Cluster. Wie könne man neue Industrien nach Berlin holen, und welche sollten das sein? Denn Berlin Partner müsse sich an den Schwerpunkten der Wirtschaftspolitik ausrichten.

Christoph Wapler (GRÜNE) betont, dass die Clusterstrategie der richtige Weg und eine Erfolgsgeschichte gewesen sei. Nach der Pandemie stelle sich die Frage, wie die gebeutelten Branchen – Handel, Gewerbe, Kultur – mitgenommen werden könnten. Der Unternehmensservice von Berlin Partner mache in den Bezirken gute Arbeit. Wie könne der Graben zwischen Start-up-Szene und Gewerbe dort überwunden und eine Vernetzung erreicht werden? CHIC sei ein gutes Beispiel. Klar sei, dass die Wirtschaft nach der Pandemie nachhaltiger, zukunftsfester und resilienter aufgestellt werden müsse. Welche Aufgabe habe Berlin Partner dabei? Was müsse Berlin Partner neu und anders machen?

Ariturel Hack (CDU) spricht an, dass sich Berlin 2021 nicht um ein NFL-Spiel beworben habe. Nach Auffassung der Sportverwaltung sei eine rein kommerzielle Veranstaltung nicht mit dem Sportfördergesetz vereinbar. Könne es eine Aufgabe für Berlin Partner sein, im Rahmen des Sportmarketings ein NFL-Spiel nach Berlin zu holen?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) berichtet, Berlin habe eine Woche lang einen Stand auf der Weltausstellung in Dubai gehabt. Es gebe noch keinen Bericht über die Ergebnisse; SenWiEnBe werde sich diesen anschauen und dann dem Ausschuss gerne darüber berichten.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, die Evaluation werde in diesem Jahr extern in Auftrag gegeben. Die Frage des nachhaltigen Wirtschaftens und die Frage, ob die Berliner Unternehmen in ihrer Breite bei Berlin Partner abgebildet seien, sollten genauer betrachtet werden. Dies sei in der letzten Aufsichtsratssitzung andiskutiert worden; die konkreten Fragestellungen sollten in der nächsten Sitzung formuliert werden.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) setzt fort, dass er die Zahl der nicht erfolgten Ansiedlungen für 2021 nachreichen könne. Allerdings sei sie wenig aussagekräftig, denn die

Projekte liefen zunächst weiter, auch wenn die Ansiedlungen erst später virulent würden. Zur organisatorischen Umsetzung in Bezug auf Non-Profit-Unternehmen könne er zurzeit noch keine Auskunft geben. Staatssekretär Biel könne dies in der nächsten Aufsichtsratsitzung abfragen und dann berichten.

Berlin müsse als Wirtschaftsstandort den Anspruch haben, eine der stärksten Wirtschaftsregionen in Deutschland bzw. Europa zu werden, wovon man noch weit entfernt sei. Berlin habe aber als Hauptstadt mittelfristig das Potenzial, beim BIP und bei den Einkommen der Menschen deutlich über dem Bundesdurchschnitt zu liegen. Die Clusterstrategie sei richtig, denn in den Clustern wachse Berlin überdurchschnittlich. Die Gesundheitswirtschaft und IKT seien starke Treiber. Dies müsse weiter forciert werden. Man müsse den Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg, auch bei der Infrastruktur, stärker zusammen denken, da es sich um eine Wirtschaftsregion handele, die viel Potenzial und gegenseitige Synergien habe, z. B. bei den Themen Fachkräfte, Wissenschaft, Zukunftsorte. Dann werde man auch das starke Potenzial in der Stadt nutzen können und dem Anspruch einer Hauptstadt gerecht werden.

Wie man die notleidenden Branchen mitnehmen könne, sei Teil der Branchendialoge. Der Einzelhandel werde nach Corona und angesichts der Digitalisierung nicht so weitermachen können wie bisher. Neue Shopping- und Innenstadtkonzepte würden unterstützt. Die Unterstützung werde auch ein Teil des Neustartprogramms sein. Die Verzahnung von Berlin Partner und der bezirklichen Wirtschaftsförderungen sei ein großer Gewinn für beide Seiten. Dadurch werde mehr möglich als in der Vergangenheit, bspw. mit Blick auf den Antagonismus zwischen der starken Verankerung der Betriebe im Bezirk und Marketing- und Ansiedlungsthemen über die Stadtgrenze hinaus. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in den Bezirken werde er einen Jour fixe mit den Bezirksbürgermeistern einrichten. Inwieweit Berlin Partner im Rahmen des Sportmarketings bei einzelnen Veranstaltungen eingebunden sei, könne er im Moment nicht sagen, dies aber erfragen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

[Lüftungspause von 16.14 bis 16.32 Uhr]

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in der neuen Förderperiode 2022-2027 – Welche Änderungen ergeben sich für die Antragsteller in der „Gewerblichen GRW“ und in der „Infrastruktur GRW“ bei den Förderbestimmungen und der Fördergebietskarte?
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0014](#)
WiEnBe

Christian Wolf (FDP) merkt an, die abgeschlossene Förderperiode sei durchaus erfolgreich gewesen. In der neuen Förderperiode gebe es Änderungen bei der Fördergebietskarte. Er frage nach Neuigkeiten bei der GRW und wo noch Entwicklungen gesehen würden.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) betont, die GRW sei ein wichtiger Baustein der Wirtschaftspolitik und ein wesentliches Förderinstrument, um die Entwicklung der strukturschwachen Räume in Deutschland zu stärken. Die GRW sei seit vielen Jahren das wichtigste Förderprogramm in Berlin, um Investitionen von gewerblichen Unternehmen zu unterstützen und wesentliche wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen – z. B. Erschließung von Gewerbeflächen, Bau und Ausbau von Gewerbezentren, Verkehrsanbindungen, Maßnahmen der beruflichen Ausbildung und touristischen Infrastruktur – zu finanzieren. Auch die Initiierung und Unterstützung von Kooperationsnetzwerken und bezirklichen Regionalmanagements sei ein wesentlicher Bereich der GRW-Förderung. Für die neue Förderperiode hätten Bund und Länder auf Basis eines von der EU-Kommission vorgegebenen gesamtdeutschen Fördergebietsplafonds im letzten Jahr die neue deutsche Fördergebietskarte entwickelt. Aufgrund der Reduzierung des gesamtdeutschen Fördergebiets durch die EU-Kommission, aber auch durch die eigene positive Entwicklung Berlins in den vergangenen Förderperioden sei Berlin nicht mehr in Gänze GRW-Fördergebiet. Erstmals hätten bei der Strukturierung der Berliner Fördergebietskarte auch Stadtgebiete ausgewählt werden müssen, die künftig nicht mehr zum GRW-Fördergebiet gehörten. Die mit den Fachreferaten, Berlin Partner, Bezirken und anderen Akteuren ausgewählten Berliner GRW-Fördergebiete umfassten aber auch künftig weitgehend die in der nächsten Förderperiode wirtschaftlich relevanten Standorte. Es sei zudem gelungen, eine Vielzahl von Anregungen und Vorschlägen in die Gestaltung des neuen Berliner GRW-Fördergebiets einzubeziehen. In der Regel gehörten nur die wirtschaftlich kaum oder gar nicht relevanten Berliner Areale nicht mehr zum Berliner GRW-Fördergebiet.

Für Antragsstellungen von Unternehmen für gewerbliche Investitionen und von Bezirken für wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen gebe es keine Änderungen im Antrags- und Bearbeitungsverfahren. Gewerbliche Unternehmen könnten wie bisher Förderanträge bei der IBB stellen, Bezirke und Hauptverwaltung beim Referat IV D der SenWiEnBe. Dies gelte auch für Beantragungen von Kooperationsnetzwerken sowie Regionalmanagements und -budgets. Bis auf kleine beihilferechtliche Anpassungen und kleine Erweiterungen der Fördermöglichkeiten gebe es keine Veränderung der Förderbestimmungen. Gleiches gelte für die Fördersätze. Der überwiegende Teil der GRW-förderfähigen Berliner Unternehmen habe auch künftig die Möglichkeit der Förderung von Investitionen.

Christian Wolf (FDP) fragt, wie der Senat die Situation beurteile, dass erstmals Nichtfördergebiete in Berlin existierten, wie er die Förderung von gewerblichen Unternehmen in diesen Gebieten ermöglichen wolle und welche Auswirkungen die Fördergebietskarte mit den Nichtfördergebieten auf Infrastrukturprojekte der Bezirke oder des Senats habe, z. B. Brückenbauten, Erschließungsstraßen. Die Koalition auf Bundesebene wolle die GRW-Mittel für Innovationsförderung, Digitalisierung, betriebliche Produktivitätsziele, Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung aufstocken und die bestehende 50-km-Regelung überprüfen und ggf. abschaffen. In welcher Höhe rechne der Senat mit zusätzlichen Mitteln für Berlin im Zuge dieser Aufstockung, und wie stehe der Senat zur Abschaffung der 50-km-Regel? Warum seien die Berliner Zukunftsorte nicht alle Höchstfördergebiete? Dies betreffe Berlin-Buch mit dem Cluster Gesundheitswirtschaft und Berlin-Südwest mit einer starken Unternehmerschaft. Die Außenbezirke schnitten bei der Zuteilung von Fördergebieten deutlich schlechter ab, während Innenstadtgebiete weiterhin Höchstfördergebiete seien. Wenn diese schon strukturstark seien, sei der Förderzweck nicht erkennbar. Inwieweit sei touristische Infrastruktur, die in Berlin kein Clusterthema sei, in der GRW gewerblich weiterhin förderfähig? Würden die Kriterien dort im Hinblick auf die Auswirkungen der Coronapandemie angepasst, damit deutlich mehr Un-

ternehmen – z. B. Hotellerie, Kulturstätten – eine Förderung ermöglicht werde? Wann sei mit einer Evaluation der letzten Förderperiode zu rechnen? Werde diese Auswirkungen auf die Berliner Förderkriterien haben?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) antwortet, die Auswirkungen seien für Berlin nicht so dramatisch, weil die wirtschaftsnahen Gebiete im Wesentlichen nach wie vor ausgewiesen seien. An der einen oder anderen Stelle könnten sicherlich kleine Lücken entstehen, aber dies reflektiere auch die positive wirtschaftliche Entwicklung Berlins.

Matthias Brückner (SenWiEnBe) [zugeschaltet] ergänzt, man habe die gewerblichen Förderdaten der letzten 14 Jahre ausgewählt und die Häufigkeit der Förderfälle ermittelt, insbesondere zum Investitionsvolumen sowie zur Sicherung und Schaffung der Arbeitsplätze. In den Außenbezirken seien wenige Gewerbegebiete und mehr Wohnungsflächen angesiedelt, sodass dort in der Vergangenheit kaum gewerbliche Anträge gestellt worden seien. Die Struktur sei aufgrund der Dichte der bisher geförderten Unternehmen entstanden. Tourismus sei als Fördertatbestand in Berlin nicht ausgeschlossen, aber auf Hotelmodernisierungen bis 50 Betten eingeschränkt. Es werde darüber nachgedacht, die Förderkriterien für die neue Förderperiode angesichts bevorstehender Veränderungen – Anpassung der Allgemeinen Freistellungsverordnung der EU – für den Tourismus zu öffnen. Das Mittelvolumen, das der Bund Berlin zur Verfügung stelle, werde man wahrscheinlich im Mai kennen, sodass es u. U. Möglichkeiten für eine Öffnung des Fördertatbestands gebe.

Ralph Lassak (SenWiEnBe) [zugeschaltet] weist darauf hin, dass auch EU-Regelungen zu beachten seien und sich das gesamtdeutsche System im Rahmen der Regionalleitlinien bewegen müsse. Für C-Fördergebiete müssten zusammenhängende Gebiete mit mind. 100 000 Einwohnern strukturiert werden. Daher hätten nicht alle Zukunftsorte in C-Fördergebieten angesiedelt werden können; diese lägen in D-Fördergebieten. Es befänden sich aber die meisten Zukunftsorte und die meisten Standorte des produktionsgeprägten Bereichs in C-Fördergebieten. In D- bzw. Nichtfördergebieten handle es sich überwiegend um Unternehmen, die nicht GRW-förderfähig seien. Die 50-km-Regel solle überprüft werden, habe aber noch Bestand, sodass man die Berliner Fördergebietskarte im letzten Jahr entsprechend gestaltet habe.

Christian Wolf (FDP) stellt die Nachfrage, ob nach Anpassung der 50-km-Regel auf Bundesebene über eine Neusortierung der Fördergebietskarte nachgedacht werde oder diese bei der EU für die nächsten fünf Jahre ratifiziert sei. Seine Frage zu den Auswirkungen auf bezirkliche oder Senatsprojekte zur GRW Infrastruktur sei noch nicht beantwortet worden. Auch in den D-Fördergebieten falle die Gruppe der großen Unternehmen faktisch vollständig aus der Förderung heraus. Er frage nach der Bundesregelung für Kleinbeihilfen und der Sonderregelung bis Juni. Inwieweit werde proaktiv auf Unternehmen zugegangen, die Bundesregelung zu Kleinbeihilfen bei der GRW-Antragstellung auszuschöpfen?

Matthias Brückner (SenWiEnBe) [zugeschaltet] erläutert, der Bund wolle die GRW weiterentwickeln und führe erste Gespräche mit den Ländern. Ziel sei die Umsetzung Anfang 2023. Auch der Primäreffekt werde diskutiert; es werde u. U. zu Änderungen kommen, die Ergebnisse seien aber noch offen. Die Fördergebiete seien bis 2027 fixiert. Sie könnten sich nur ändern, wenn andere Bundesländer C-Fördergebiete abgeben wollten, was nicht passieren werde, zumal das Aufschnüren des Pakets sehr kompliziert wäre. Die Infrastrukturförderung sei in den D- und C-Fördergebieten möglich. Mögliche Förderfälle in den Nichtfördergebieten

sollten mit dem Landesprogramm aufgefangen werden. Diese hätten allerdings einen sehr geringen Umfang, sodass man keine Verwerfungen erwarte. Insofern würden in Berlin keine wesentlichen Fördereinschränkungen eintreten. Berlin sei aufgrund des Erfolgs der letzten Jahre im Ranking aufgestiegen, stehe aber noch „mit einem Bein in der Strukturschwäche“, sodass es C- und D-Fördergebiete bekommen habe.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.